



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Recht auf Asyl sichern, gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken, Integration voranbringen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- sich uneingeschränkt zum Recht auf Asyl zu bekennen,
- unsere rechtsstaatlichen Grundsätze zu achten und zu wahren,
- sich an humanitären Hilfsmaßnahmen zu beteiligen,
- auf allen Ebenen dazu beizutragen, Fluchtursachen zu bekämpfen,
- rechtspopulistischen Strömungen entschieden entgegenzutreten und nicht deren Falschaussagen zu wiederholen,
- Arbeits- und Ausbildungserlaubnisse nicht zu entziehen und
- den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Integration im Inneren wie auch auf europäischer Ebene zu stärken.

Hierzu soll die Staatsregierung sicherstellen, dass

- Asylsuchende – beispielsweise in den Transit-, Transfer-, Rückkehr- und Aufnahmeeinrichtungen – vor der Anhörung sowie während ihres Asylverfahrens Zugang zu einer unabhängigen Rechtsberatung und Asylsozialberatung erhalten,
- Integrationschancen wie Zugang zu Sprach- und Integrationskursen, Bildung, Arbeit so früh wie möglich wahrgenommen werden können und die Aufenthaltsdauer in den Aufnahmeersteinrichtungen wieder auf maximal sechs Monate begrenzt wird,
- das Recht der Kinder auf Bildung gesichert wird,
- das Kirchenasyl geachtet wird,
- Rückkehrhindernisse wie der Krieg und die politische Lage in Afghanistan ernst genommen werden, Abschiebungen gestoppt und Geduldeten aus diesen Ländern der Zugang zu Ausbildung und Arbeit nicht länger verwehrt wird.

Zudem soll sich die Staatsregierung auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass

- die Asylverfahren qualitativ verbessert werden,
- Familiennachzug ermöglicht wird,
- die Zusammenarbeit der europäischen Staaten in der Asylpolitik verbessert wird,
- der Fachkräftemangel wie auch der Migrationsdruck durch ein modernes Einwanderungsgesetz geregelt wird,
- die EU-Landwirtschaftspolitik und Handelspolitik geändert wird, so dass sie nicht länger wirtschaftliche Verarmung verursacht,
- Fluchtursachen und nicht Geflüchtete bekämpft werden und Rüstungsexporte in Kriegsgebiete endlich gestoppt werden.